

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gelohnten Kolonnen-Zeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Verhöhnung und Verachtung der Hungernden.

Wie allgemein bekannt, herrscht zurzeit eine große Arbeitslosigkeit. In Deutschland wie auch in vielen andern Ländern sind Hunderttausende von Arbeitern arbeitslos, brotlos. Eine Hoffnung, daß es in der nächsten Zeit besser wird, besteht nicht. Im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit wird sich im kommenden Winter noch gewaltig steigern. Schuld daran ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ihrer regellosen Produktionsweise, deren notwendige Begleiterscheinungen die wirtschaftlichen Krisen mit Massen-Arbeitslosigkeit sind. Arbeitslosigkeit bedeutet für die Arbeiter hungern und darben, Erhaltung von körperlichen und geistigen Qualen. Nur wenige Arbeiter sind so glücklich, in ihrem Leben noch nie vom Gespenst der Arbeitslosigkeit und des Hungers gequält worden zu sein. Wie schrecklich der Hunger ist, was er aus fleißigen, rechtschaffenen Menschen zu machen imstande ist, schrieb vor einigen Jahren ein bürgerlicher Menschenfreund, der in sittlicher Beziehung turmhoch über unsern Agrariern und Profitjägern stand: „Die Atmosphäre des Hungers ist belebt von Dämonen und Teufeln, sie ist heiß von dem geheimen Feuer unterdrückter Qual, sticht von Verwesungsgasen. Mit Hunger ist sittlicher und körperlicher Niedergang verbunden, Hunger macht hart, Hunger macht schwach, Hunger macht kleingläubig, Hunger zerstückt und zerstückt, Hunger gibt Entsetzen. Schafft Dämonen, entdeckt Abgründe und Höhlen in uns. Hunger weckt Verzweiflung und nährt Haß und führt das Feuer der Empörung. Und wenn je die Angst vor einem knurrenden Hunger, das Entsetzen vor einer trostlosen Schicksalsde, die Wut über die Unempfindlichkeit der Satten im Herzen faßt, der weiß! Es danke dem Schöpfer, wer nie hungerte, und hüte sich, über Zustände zu richten, die ihm fremd sind.“

Daß in diesen wichtigen Sätzen keine Übertreibung steckt, weiß so mancher von uns aus eigener Erfahrung. Selbst der, der noch nie arbeitslos war, nie Hunger gelitten hat, wird das Obengesagte als richtig bezeichnen müssen, wenn er seine Augen nicht absichtlich verschließt und das Leben und Treiben der Arbeitslosen beobachtet. Einen Beitrag dazu, wie der Hunger als Folge der Arbeitslosigkeit Körper und Geist der davon betroffenen mürbe macht, wie er sie auf Abwege und zum Verbrechen führt, lieferte vor kurzem die Breslauer „Volkswacht“. Anlässlich der Anwesenheit Wilhelm II. in Breslau am 28. August, wobei die Stadt 30 000 Mark für Ausschmückung der Straßen auswarf und die Patrioten sich vor Wonne förmlich überkugelten, veröffentlichte das genannte Blatt das Resultat eines Besuchs bei 15 Arbeitslosen, die bereits 10 bis 20 Wochen ohne Arbeit waren und deren Existenz so aussieht:

Während der Arbeitslosigkeit borgten sich 12 von ihren Freunden Geld in der Höhe von zusammen 658,80 Mark, im einzelnen 10, 9, 70, 4,60, 10, 100 Mark. Etwas niedriger, als zu erwarten war, ist die Summe der Schulden für die Waren, die sie beim Händler hatten. Der Arbeitslose schaut die Deffentlichkeit, und ehe er beim Bäcker borgt, leihet er sich von Freunden und Bekannten bares Geld. Nur 7 borgten sich Waren für insgesamt 130,21 Mark. Beim Händler borgte einer für 27 Mark, einer für 3 Mark, einer für 6,30 Mark, einer für 8,41 Mark und einer für 19 Mk. Beim Bäcker borgte einer für 3 Mk., einer für 12 Mark, einer für 1 Mark. Einer hat überhaupt für 50 Mark Ware geborgt.

Zwölf von den fünfzehn Arbeitslosen hatten Sachen in die Pfandleihe getragen, sieben mußten die Uhren verkaufen, sechs die Trauringe, vier die Wäsche, zwei die Betten! Andre noch Anzug, Tischdecken, Gardinen, Ueberzieher und so fort. Möbel und Sachen verkauften drei, einer von ihnen für 100 Mark.

Aber nicht allein, daß viele Arbeitslose noch Schulden aus früherer Zeit hatten, sich während der arbeitslosen Tage Bargeld und Ware borgten und ihre Sachen verpfändeten; wurde ihre Lebenslage beunruhigt durch die größeren Ausgaben, die sie in den nächsten 30 Tagen erwarteten. Da muß einer Miete für 4 Monate, einer für 3 und einer für 2 Monate bezahlen, Möbel- und Nähmaschinenabzahlung, Steuern, Doktorrechnung, Entbindungskosten, Sterbeversicherung und Ausgaben für Schuhwerk stehen bevor.

Besondere Beachtung verdient nun die gefüllte Kompottschüssel der Arbeitslosen. Auf die Frage: Wovon leben Sie meistens?, antworteten neun: Von Kartoffeln, wovon meist eine Suppe tritt. Die andern antworteten: Suppe, Brot mit Wurstfleisch, zwei von trockenem Brot, einer nur von Fleisch und Brot. Betteln gegangen waren bei fremden Leuten drei, bei Verwandten zwei. Selbstverständlich konnte nicht die Frage umgangen werden, ob durch die Arbeitslosigkeit häuslicher Streit entsteht. Je peinlicher die Frage war, um so offener wurde sie beantwortet. Nur zwei von den Verheirateten hatten keinen häuslichen Zwist gehabt, alle andern gaben zu, daß die Not und „weil es nicht hin und her reicht“ zu fortwährenden Differenzen führe. Ueber ihre Stimmungen und Entschlüsse, wenn wieder eine Aussicht auf Arbeit sich nicht erfüllte, sagten die Betroffenen: „Ich befaße mich mit Selbstmordgedanken.“ — „Ich hatte die feste Absicht, einbrechen zu gehen.“ — „Ich war niedergeschlagen.“ — „Ich wollte auf die Landstraße gehen.“ — „So schnell wie möglich von Breslau fort.“ — „Schwermut. — Trübsal. — Traurig. — Trostlos. — Aufhüpfen.“ — „Man dachte, den Gashahn aufzubrechen, dann ist alle

Not vorbei.“ — Das sind so die Gedanken der Verzweifelten. Der die meisten Schulden hatte, schrieb einfach den Entschluß: Stehlen.

Um den Zustand der Arbeitslosen noch von einer andern Seite zu schäubern, geben wir einige Angaben von einer Familie. Der Mann hat fünf Kinder im Alter von drei Wochen bis sieben Jahren. Er ist arbeitslos geworden, weil er eine Uebung machen mußte. Dafür erhielt er 20 Mark von der Stadt. Er hat 473 Mark Schulden, Sachen verpfändet und verkauft. Seine Frau hat in der Zeit der Arbeitslosigkeit entbunden, und nun kommen in der nächsten Zeit die Rechnungen. Er sagte mir, und hat es mir bewiesen, daß er eines Abends, als kein Brot für die Kinder da war, die Brechtange nahm und mit einem Freunde nach den Schrebergärten ging, um zu stehlen. Unterwegs kamen sie an einem Kartoffelfeld vorbei und nun h grünten sie sich mit einem Sack voll Kartoffeln. — Andre gingen hinaus auf die Landstraße und stahlen Obst. Einer wollte seine Familie verlassen. Wir kamen gerade dazu, als Mann und Frau von den rotgeweinten Augen die Tränen abwischten.

Das hier geschilderte Elend ist aber in Wirklichkeit nur ein Tropfen aus dem großen Meere des Hungers. Hunderttausende leben in solchen und schlimmeren Verhältnissen. Um dieses Massenelend etwas zu lindern, fordert die organisierte Arbeiterschaft von Staat und Kommunen die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung. Diese Forderung müßte jeder vernünftig und gerecht denkende Mensch unterstützen, und zwar nicht nur aus Mitleid über die Opfer der heutigen Wirtschaftsweise, sondern auch aus ökonomischen und sittlichen Gründen. Die herrschende Gesellschaft ist jedoch weit davon entfernt, ein solches Bestreben zu unterstützen. Im Gegenteil! Geradezu leidenschaftlich bekämpfen die Agrarier und Industrieharone die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Damit noch nicht genug. Man verspottet und verhöhnt die Darbenden in der freivoltesten Weise. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ wertet unausgesetzt gegen die Einführung einer Arbeitslosenversicherung und nennt sie abwechselnd „Faulenzerversicherung“, „Faulenzerschutz“, „Prämie auf die Faulheit“ usw. Neulich schrieb sie, daß es „Wahnsinn“ wäre, eine solche Versicherung einzuführen. Und in ihrer Nummer vom 28. Juli 1912 schrieb sie folgende Frechheit: „Die Not der Arbeitslosen besteht nur in der erhöhten Phantastie einer unverantwortlichen Agitation. Eine kommunale wie reichsgeflechte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit kann durch keinerlei Notwendigkeit begründet werden. Wir halten sie für überflüssig und darum für schädlich.“

Während die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ jede Not der Arbeitslosen leugnet und sie als Phantastiegebilde bezeichnet, gibt der konserbative „Reichsbote“ die große Arbeitslosigkeit zu, macht aber die Arbeiter dafür verantwortlich. Das Pastorenblatt schrieb im August dieses Jahres:

Man wird also gut tun, bei allen diesen Klagen über Arbeitslosigkeit sich zunächst einmal zu vergewissern, ob diese nicht durch Uebermut der Arbeiter selbst verschuldet ist. Jedenfalls muß es mit allen Mitteln verhindert werden, daß die Wohlthaten der staatlichen oder kommunalen Arbeitslosenfürsorge an Leute verschwendet werden, die durch ihre Zügellosigkeit zu streitenden Verbänden in ihre mißliche Lage gekommen sind.“

Also nicht die Wirtschaftskrisen erzeugen Arbeitslosigkeit, sondern der Uebermut der Arbeiter. Wer so etwas sagt, beweist, daß sich bei ihm Dummheit mit Heuchelei gepaart hat. Ist der Arbeitslose auch noch organisiert, so kann man ihn mit ruhigem Gewissen verhungern lassen; so will es das Pastorenblatt. — Das ist christlich!

Ein Diener Gottes, Pfarrer Hedenroth, meinte in einer konserbativen Versammlung in Alentkirchen:

„Die Arbeitslosenversicherung ist nichts andres als eine Prämie auf die Faulheit, sie ist unbrauchbar. Durch solche utopische Forderungen wird nur die Unzufriedenheit geweckt. Die erste Grundfrage bei jedem weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung muß immer die sein, ob auch die Unternehmer neue Lasten noch tragen können.“

Um die Unternehmer ist dieser fromme Mann sehr besorgt, und obwohl die meisten das ganze Jahr nicht arbeiten, nennt er sie doch nicht Faulenzen.

Eine Schamlosigkeit sondergleichen ist es, was ein echter Agrarier über die Armut im Kreuznacher „Deffentlichen Anzeiger“ schrieb:

„Warum schafft man denn, wenn man Geld braucht, nicht die überflüssigen sozialen Gejege ab? Wer sich selbst nicht erhalten kann, mag untergehen. Wir wollen keinen sozialen Arbeiterstaat statt der von Gott gewollten alten Gesellschaftsordnung, in der nicht Knechte zu Herren werden und die Herren wahr für die Knechte tun, als für sich selbst.“

Eine noch brutaler Verachtung der hungernden Arbeiter als dieses Prachtexemplar eines Christenmenschen, leistet sich der „Hammer“, konservative Zeitschrift (1910, Nr. 201):

„Der Proletarier ist eine gesellschaftliche Entartungs-Erscheinung und darf daher nicht besonders gepflegt werden. Wir verstehen unter dem Proletarier den Menschen, der nicht nur nichts hat, sondern auch nichts Rechte kann, der aus dem organischen Zusammenhange der Gesellschaft herausgefallen ist. Proletariern darf man eben so wenig als Dieben und Verbrechern Schutz angedeihen lassen.“

Im Mai dieses Jahres fand in Breslau eine nach Tausenden zählende Arbeitslosenversammlung statt. Als es bekannt wurde, daß zur selben Zeit die Stadtkäter Breslaus über eine 1 000 000 Mark-Spende für den Deutschen Kaiser berieten, zogen die Arbeitslosen vor das Rathaus, um den Stadtverordneten

zu zeigen, daß ein Teil der Summe zur Vinderung ihrer Not bessere Verwendung finden könnte. Der Schützmannsäbel sorgte allerdings dafür, daß die Stadtkäter nicht lange in ihrer patriotischen Stimmung gestört blieben. Einige Tage darauf erhielt der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells von einem Agrarier in der Nähe von Breslau eine Karte folgenden Inhalts:

„Bitte schicken Sie Ihre sogenannten Arbeitslosen, auf Deutsch Faulenzen, Dummler, die neulich demonstriert, aufs Land; wir müssen uns für teures Geld Ruthenen, Russen, Polen, Schweizer usw. kommen lassen, weil Sie und Ihr Anhang Landarbeit nicht mehr leisten mögen, lieber in die gehen, Gelegenheitsarbeit oder keine suchen, Ihre Damen an der Gartenstraße, und dann möchten wir Ihre tuberkulöse Nachzucht hier mit Kuhmilch austrocknen.“

Die „Damen der Gartenstraße“ sind Breslauer Dirnen. Mit diesen bringt der agrarische Rohling die notleidenden Arbeitslosen in Verbindung, obwohl die Freudenmädchen nur zum Vergnügen der „besseren Herren“ da sind. Eine moralische Verkommenheit ist es auch, unschuldige lungenkranke Kinder in dieser Weise zu beschimpfen. Nach der Versammlung der Arbeitslosen schrieb auch noch die „Deutsche Tageszeitung“:

„Wenn die Arbeitslosen in den Städten, die nicht auf dem Lande arbeiten wollen, sich zu einer förmlichen Gefahr für den friedlichen Bürger ausbilden, so wird es die höchste Zeit, daß scharfere Maßnahmen gegen sie ergriffen werden. Mit Mitteln zur Vinderung der augenblicklichen Not ist da allerdings nichts geholfen.“

Dem Blatte des Knuten-Vertel genügt gegen arbeitslose Hungerleider der Polizeisäbel nicht mehr, es verlangt „scharfere Maßnahmen“. Ob man sie verprügeln, tofschießen oder empfinden soll, damit der satte Bürger in seiner Ruhe nicht gestört wird, sagt das edle Junterblatt allerdings nicht.

Die Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die selber meist das ganze Leben lang nicht arbeiten, sondern andre für sich arbeiten lassen, die nie die Qualen des Hungers durchzukosten brauchen, die Leute, die bei wirtschaftlichem Niedergang jeden überflüssigen Arbeiter in der Fabrik auf die Straße setzen, sitzen nun breitpurig auf dem gefüllten Geldsack und haben dabei den traurigen Mut, ihre Opfer zu verhöhnern und zu verspotten. Staat und Gesellschaft werten zurzeit gegen den Rückgang der Geburten, da sie befürchten, daß sie in Zukunft nicht genügend Soldaten bekommen könnten und daß in Zeiten günstiger Konjunktur später einmal ein Mangel an billigen Arbeitskräften eintreten würde. Dieselbe Gesellschaft, die deshalb am liebsten vor jedes Ehebett einen Schutzmännchen aufstellen möchte, sieht ruhig und gelassen zu, wie Hunderttausende von Kindern aus Mangel an Nahrung langsam zugrunde gehen.

Diese rohe und brutale Gesellschaft verfügt aber leider noch über die wirtschaftliche und politische Macht. Einer solchen Gesellschaft eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit abzuringen, wird wahrlich nicht leicht sein. Da müssen die Arbeiter noch ganz anders auftreten als seither. Um so erfreulicher ist es, daß auch der letzte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie sich mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung gründlich beschäftigte, die Arbeiter zum Kampfe aufrief und entsprechende Forderungen an das Reich, die Einzelstaaten und die Kommunen stellte. Erfüllt werden diese Forderungen, wenn wir sie uns erkämpfen. Hoffentlich werden auch unsere Kollegen in diesem Kampfe nicht an der letzten Stelle stehen. Organisierung der indifferenten Massen ist hierbei das beste Mittel und auch die beste Antwort auf die Frechheiten der satten Kapitalisten. W. R.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912.

II.

Die Kämpfe des Jahres 1912 erforderten eine Gesamtausgabe von 11 486 365 Mark (1911. 16 062 906 Mark). Sie ist um 4 576 541 Mark geringer als im Vorjahre. Von den gesamten Kosten kommen auf die Angriffstreiks 6 911 857 Mark, die Abwehrstreiks 947 925 Mark und die Aussperrungen 3 576 615 Mark. Außerdem verausgabten vier Verbände noch 268 968 Mk. an Unterstützung für Mitglieder, die an den Kämpfen anderer Verbände mit beteiligt waren. Die letztere Summe ist mit in die Gesamtausgabe verzeichnet. Die Durchführung der Angriffstreiks beanspruchte über die Hälfte der Gesamtkosten.

Von den 1543 Angriffstreiks wurden 785, reichlich die Hälfte aller Streiks, unternommen, um Lohnerhöhungen zu erreichen. 293 813 Personen waren daran beteiligt. Darunter befinden sich auch die Beteiligten des Bergarbeiterstreiks. Am Arbeitszeitverkürzung allein wurden 39 Streiks mit 5167 Beteiligten und am Arbeitszeitverkürzung und Lohnerrhöhung 572 Streiks mit 44 906 Beteiligten geführt. Von den gesamten Angriffstreiks endeten 940 mit 56 893 Beteiligten erfolgreich, 291 mit 32 012 Beteiligten teilweise erfolgreich und 295 mit 257 819 Beteiligten erfolglos.

Von den 926 Abwehrstreiks wurden 333 mit 9973 Beteiligten geführt, um eine Lohnreduktion abzuwehren. In 231 Fällen war Maßregelung von Arbeitern die Ursache von Streiks, von welchen 13 498 Personen betroffen wurden. In 24 Fällen wurde zur Wahrung des Koalitionsrechtes die Arbeit eingestellt und 22 Streiks mit 673 Beteiligten wurden zur Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung unternommen. Der Ausgang der gesamten Ab-

Streikbrecher zu werden, als er davon sprach, bei Weiß in Arbeit zu treten. Diesen Zeugnissen gegenüber hat Brandenburg gesagt: „Wenn mich ein Streikbrecher anfassen würde, mir wäre das ganz egal, ich würde ihm ein Messer in den Bauch stoßen und ihm die Gedärme vor die Füße legen.“

Die Beweisaufnahme hat u. E. nicht dargetan, daß der Messerstecher Brandenburg in einer Vorlesung war; sie hat besonders aber keinen Beweis dafür erbracht, daß etwa der erwähnte Kahl ihn bedroht hat oder auch nur bedrohen wollte. Dagegen ist der Messerstecher sowohl durch seine Vorlesungen wie durch die Bekundungen mehrerer Zeugen als gewalttätiger, nichtigstolzer Mensch gekennzeichnet worden. Was tat zum das Gericht? Beurteilte es den Messerstecher nach der ganzen Scharfe des Beweises? Bewahre, es sprach ihn frei. Die Geschworenen vernichteten die Schuldforderungen, und Brandenburg geht frei aus. Muß man sich da nicht an die bekannte Ausrufung eines Arbeitswilligen erinnern: „Wir Streikbrecher können einen totschlagen“? Muß angeht es eines solchen Urteils nicht in den Arbeitern die Empörung aufzuwecken? Empörung darüber, daß so viele brave Arbeiter wegen kleiner und kleinlicher Vergehen in wirtschaftlichen Kämpfen zu schweren, langen Gefängnisstrafen verurteilt werden, während es den Streikbrechern immer wieder gelingt, den Händen der Justiz zu entkommen? Und muß nicht selbst im Hirn des denkfähigsten Arbeiters angezündet folger Urteile die Erkenntnis aufkommen, daß die Mittergutbesitzer und Fabrikanten, die in Stettin das Geschworenengericht bildeten, selbst beim besten Willen gar nicht imstande sind, solche Vorlesungen sachlich und richtig zu würdigen? Und damit kommen wir zu einem Kernpunkt unserer ganzen Rechtskritik: die Beschränkung der Rechtsprechung auf die Klasse der Besitzenden. Geschworene aus dem Volke, Männer, die wirtschaftlichen Kämpfe und ihre Begleiterscheinungen kennen und sachlich urteilen können, hätten ein solches Urteil nicht gefällt. Ein Urteil, von dem die Arbeiterklasse und nicht nur diese, eine folgenschwere Stärkung des Nebermutts der Streikbrecher und eine Entwürdigung des ohnehin nicht starken Vertrauens in die deutsche Justiz befürchten. „Wir Streikbrecher können einen totschlagen“ — das Wort hat nach diesem Urteil noch mehr Berechtigung als jeher.

Die bürgerliche Presse beschäftigt sich teilweise sehr eingehend mit dem überraschenden Freispruch des Messerstechers. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt in einem Leitartikel:

„Wer die Dinge menschlich zu verstehen sucht, der wird Entschuldigungsgründe dafür, daß Brandenburg durch Übernahme der Arbeit während des Streiks seinen Kollegen in den Rücken fiel, geltend machen können. Aber auf der andern Seite steht ein Mensch zu leben, ein Krieger, ja brutal hingefügtes Menschenleben. Darüber kommt man nicht hinweg. Der gemordete Arbeiter Kahl mag wirklich ein Schicksal erlitten haben; er selber ist es nicht. Daß er den Brandenburg angefaßt, daß er ihn ernstlich bedroht habe, davon kann nicht die Rede sein. Zu der rohen Tat Brandenburgs lag ein Anlaß nicht vor. Es handelt sich um ein schweres Verbrechen, das ungeführt blieb. Der unbefriedigte Ausgang wäre noch bedauerlicher, wenn wirklich, wie behauptet wird, die Geschworenenbank einseitig zum Mangel gekehrt worden wäre. Gerade bei derartigen, auf sozialen Gegensätzen beruhenden Konflikten sollte aufs peinlichste darauf gesehen werden, daß nicht einzelne Klassen und Klasseninteressen den Ausschlag geben können.“

Die Forderung eines Schutzes der Arbeitswilligen ist zu einem reaktionären Schlagwort geworden. Der Fall von Stettin und manche ähnliche Vorgänge lassen viel eher die Frage berechtigt erscheinen, wie es mit dem Schutz gegen Arbeitswillige bestellt sei.“

Ganz anders urteilen natürlich die Scharfmacherblätter. Die „Post“ und die „Deutsche Tageszeitung“ leiten aus dem Fall die erneute Forderung nach mehr Arbeitswilligen schutz ab. Als ob nicht das Urteil eine mehr als deutliche Befestigung dafür wäre, daß die Arbeitswilligen die weitestgehenden Freiheiten und den ausgiebigsten Schutz schon haben.

Die Arbeiterpresse ist selbstverständlich einmütig in der rückhaltlosen Kritik des Urteils. Nicht weil sie dem Brandenburg, der schließlich auch nur ein Produkt der Verhältnisse ist, eine schwere Strafe gönnt, sondern weil sie von dem Freispruch ein noch weiteres Steigen des Nebermutts der Streikbrecher befürchtet. Der „Vorwärts“ widmet dem Freispruch des Brandenburg durch das Stettiner Gericht folgende Verse:

Der Mord von Stettin.

Stettin. Prozeß. Ein Gelber angeklagt. Ein glatter Mord. So denken alle Laien. Streik. Scharfes Wort. Den Grimm wohl zu bezweigen. Dafür ein Messer in den Bauch gejagt.

Das Schwurgericht. Befehlt von fatten Herrn: Agrarier. Beamte. Fabrikanten. Sie dachten, als auf Freispruch sie erkannten, Sozial und psychologisch und modern.

Doch Mord bleibt Mord! Und Freispruch?! Hier geschicht's. Fast schaudert's einen, daß man es erzählt. Die Richter forschen in das Selbstes Seele. Und sonderbar verwirrt sich die Justiz.

Wer zweifelt, daß dies Urteil treffend sei? Wer wagte wohl das schlimmste der Verbrechen: Von der „Justiz aus Klassengeist“ zu sprechen? Ein Gelber dürft's vielleicht. Man sprach' ihn frei.

Zahlstellenleiter-Konferenz im Gau 6 (Schlesien).

In der Zeit vom 21. September bis 12. Oktober wurden in Schlesien vier Zahlstellenleiter-Konferenzen abgehalten, und zwar je eine in Breslau, Görlitz, Liegnitz und Neusalz. Die Tagesordnung lautete: 1. Buch- und Kassensführung. 2. Agitation und Organisation. Der Gauleiter, Kollege Komatzki, hatte für beide Punkte das Referat übernommen und gab den anwesenden Delegierten in bezug auf die Buch- und Kassensführung viel praktische Ratschläge und Aufschlüsse. Eingehend erörterte er auch das Hilfskassensystem und führte an der Hand praktischer Beispiele aus, wie es ist und wie es sein sollte. Besonders wurde in dieser Beziehung Breslau hervorgehoben, wo die Hilfskassierer eine Kautio in Höhe des in ihrem Besitz befindlichen Wertmaterials stellen müssen. Diese Kautio kann selbstverständlich ratenweise eingezahlt werden. Vor allen Dingen sollte jede Zahlstelle darauf bedacht sein, daß die Hilfskassierer jede Woche abrechnen. Wo dies bisher wegen angeblich zu großer Entfernung und dergleichen Gründen nicht Brauch und Sitte war, müßte es eingeführt und den Hilfskassierern eventuell das Fahrgeld vergütet werden. Auch wurde ein Kontobuch für Hilfskassierer vorgelegt und allseitig für gut befunden.

Besonders wichtig waren die Ausführungen des Gauleiters über die Buchführung. Er hob dabei hervor, unter welche Rubrik die verschiedenen Ausgaben gebucht werden sollen und gerade in dieser Beziehung war bei einzelnen Zahlstellen Aufklärung dringend nötig. Die Aussprache über den ersten Punkt war sehr anregend und wurde allgemein die Notwendigkeit solcher Konferenzen hervorgehoben.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung entspann sich nach dem Referat des Gauleiters ebenfalls eine sehr lebhaft Aussprache. Zunächst wurde ein Vorschlag des Gauvorstandes, in nächster Zeit eine Reihe von Agitationsversammlungen mit auswärtigen Rednern zu veranstalten, allseitig begrüßt. Die Kosten werden vom Gau bestritten; jedoch haben sich die Zahlstellen verpflichtet, hierzu einen nennenswerten Teil beizutragen und ist es Pflicht der einzelnen Verwaltungen, für guten Besuch dieser Versammlungen Sorge zu tragen.

Ebenso wurde die vom Referenten besonders zur Einführung empfohlene Aktion in Aktion und damit verbundene Hausagitation lebhaft besprochen. Bei diesem Punkte mag sich wohl mancher von den Delegierten nicht so recht wohl gefühlt haben, zeigt es doch von einer geradezu stummenswerten Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit, daß von 38 Zahlstellen nur 22 den verlangten Bericht über die Hausagitation und die Tätigkeit der Zahlstellen dem Gauleiter gestellt hatten. Aber auch von den 22 berichtenden Zahlstellen hatten nicht alle ihre Schuldigkeit getan. So war nur in 16 Zahlstellen Hausagitation betrieben worden. Eine Zahlstellenkommission hatten 8 Zahlstellen, aber nur fünf von diesen Kommissionen waren tätig gewesen, die übrigen drei fanden auf dem Papier. In acht Zahlstellen fungierte die Ortsverwaltung als Zahlstellenkommission.

In manchen Zahlstellen sind eben immer noch Hausagitation und Hausagitation unbekannt Begriffe. Aber das soll und muß anders werden! Herab aus den Schimmlen! Hinweg mit der Interesslosigkeit und Gleichgültigkeit! Erhebet euch auch ferner Auf! und greift mit an. Und wär's auch nur ein kleiner Stein, legt in den Bau ihn doch hinein! Der Beweis ist doch wohl zur Genüge erbracht, daß die Hausagitation, systematisch betrieben, immer noch ein der besten Mittel ist, die Organisation zu stärken und zu festigen. Leiber wird eben immer noch dieses beste Mittel von vielen Zahlstellenleitungen verschmäht, weil — es an den Idealismus des einzelnen gewisse Anforderungen stellt. Mit einigen Verammlungen glaubt man alles zur Förderung der Organisation getan zu haben. Vielleicht gibt man auch nicht gern für Agitation (Hausagitation inbegriffen) etwas aus. Das ist aber ein Sparen am unrechten Fleck.

In manchen Zahlstellen ist man auch, trotz wiederholter Aufforderung des Gauvorstandes, immer noch nicht an die Bildung von Zahlstellenkommissionen herangekommen. „Wir haben keine geeigneten Leute dazu“, sagt man gewöhnlich. Ein solches Armutzeugnis sollte sich aber keine Zahlstelle ausstellen resp. ausstellen lassen. Wenn geeignete Kollegen als Verwaltungsmittglieder und Hilfskassierer vorhanden sind, dann sind sicher auch für die Zahlstellenkommissionen Kollegen zu gewinnen. Also, sucht, so verdet ihr finden! Schließlich meldet sich auch der aufmerksame Leser dieser Zeilen bei seinem Hilfskassierer oder in der nächsten Mitgliederversammlung als Zahlstellenkommissionsmitglied oder Hausagitationer. Vorausgesetzt, daß es ihm ernst ist mit seiner Mitarbeit, wird er mit Freunden von der Ortsverwaltung empfangen werden. Also nochmals: Freiwillige vor!

Vorbildliche Einrichtungen in bezug auf Zahlstellenkommissionen und Hausagitation dürfen in unserem Gau von der Zahlstelle Breslau geschaffen worden sein. Hier fungieren lebendig die Verwaltungsmittglieder als Zahlstellenkommissionen und Hausagitationer; mit welchem Erfolge, zeigen nachstehende Zahlen: Es wurden besucht bis Juni 124 Unorganisierte einmal, 33 zweimal, gewonnen wurden beim ersten Besuch 22, beim zweiten Besuch 6. Von den Ausgetretenen wurden besucht 242, davon wurden zurückerhalten 112. Wenn wir nun einmal die Tätigkeit der Zahlstellenkommissionen und die Erfolge der Hausagitation im ganzen Gau betrachten, so erhalten wir folgendes Bild: Es sind einmal besucht worden 1218 Unorganisierte, davon traten ein 255. Beim zweiten Besuch wurden von 472 Unorganisierten 139 gewonnen. Ausgetretene Mitglieder wurden 337 besucht, von denen 143 dem Verbands erhalten blieben.

Wir sehen also, daß dort, wo wirklich praktische Arbeit geleistet wurde, auch annehmbare Erfolge zu verzeichnen waren. Hoffen wir, daß die auf den Konferenzen für diesen Herbst beschlossene Hausagitation von allen Zahlstellen auch durchgeführt wird. Es ist deshalb sofort an die Adressensammlung heranzugehen und dabei kann uns jedes Mitglied helfen. Je mehr Adressen von Unorganisierten den Ortsverwaltungen oder auch den Hilfskassierern übermittelt werden, desto intensiver kann die Agitation betrieben werden. In solchen Zahlstellen, wo in bezug auf Zahlstellenkommissionen noch nichts unternommen wurde, müssen sofort die nötigen Schritte eingeleitet werden. Wenn in diesem Sinne von allen Zahlstellen gearbeitet wird, dann ist auch der Zweck der Zahlstellenleiterkonferenzen erreicht und wir können mit stolzem Bewußtsein, wieder einen Schritt vorwärts zur Befreiung der Arbeiterklasse aus den Klauenketten des Kapitals getan zu haben, an die Arbeit gehen. Deshalb frisch ans Werk! Wir haben eine Welt zu gewinnen. Emil Großmann.

Verchiedene Industrien

* Ungünstiges Geschäftsergebnis der Harburg-Wien.

Der Reingewinn der Vereinigten Gummiwaren-fabriken Harburg-Wien ging von 1.314.223 Mark auf 818.998 Mark zurück. In diesen Zahlen ist der eigentliche Rückgang nicht ganz ausgedrückt. In dem vorjährigen Ergebnis ist der Vortrag vom vorhergehenden Jahre nicht mit enthalten. Dagegen sind in der Summe des diesjährigen Ergebnisses 238.200 Mark Vortrag mit enthalten, so daß in Wirklichkeit der Reingewinn 580.718 Mark beträgt und um 550.705 Mark hinter dem des Vorjahres zurückbleibt. Trotz des erheblichen Rückganges bringt die Gesellschaft wieder 6 Prozent Dividende zur Verteilung. Die Ursachen des Gewinnrückganges werden auf die unruhigen politischen Verhältnisse in den Balkanländern zurückgeführt. Die in Wimpasing befindliche Fabrik mußte 272.000 Mark auf unklare Außenstände abschreiben. Für die Beteiligungen der Kautschukfabrik Schön u. Co., die bekanntlich ihren Betrieb eingestellt hat, mußten 100.000 Mark abgesetzt werden. Die Anlagen finden zurzeit Verwendung zur Herstellung von Chemikalien, die in der Gummi-Industrie gebraucht werden. Die deutschen Werke waren, mit Ausnahme der Abteilung Gummischuhe, befriedigend beschäftigt. Die Int. Gummifabrik Cie. Poff u. Co. brachte „bessere Resultate“ (i. B. 20 Prozent Dividende) und der Gesellschaft eine „erhöhte“ Einnahme; die englische Tochtergesellschaft werde eine „angemessene“ Dividende zahlen.

* Eine Zuckerraffinerie durch Feuer zerstört.

Am 7. Oktober brach in der Zuckerraffinerie von Michahelles u. Co. in Schula u. Bedel ein Großfeuer aus, das das umfangreiche Hauptfabrikgebäude völlig zerstörte und eines der Maschinenhäuser fast ganz vernichtete. Durch Selbstzündung des Zuckersaubes in der Mühle entstand das anfangs unbedeutende Feuer, dessen die Fabrikfeuerwehr aber nicht Herr werden konnte, da sich die Flammen rasend schnell weiter verbreiteten. Die brennenden Zuckermassen stießen von Raum zu Raum und setzten alles, was ihnen in den Weg kam, in Brand. Der Gesamtschaden wird auf circa zwei Millionen Mark geschätzt. Vernichtet ist das Hauptgebäude mit den Trockensäumen. Zwei längsseite des ausgedehnten Hauptgebäudes stehende lange Lagerhallen, die von dem vernichteten Fabrikgebäude durch einen Dichtof getrennt sind, wurden gerettet. Da diese fast leer waren, konnte selbst durch die Hitze nichts unbrauchbar werden. Erwahnenwert ist, daß kurz vor dem Ausbruch des Großfeuers schon einmal ein kleines Feuer entstanden, aber gleich durch das Eingreifen der Fabrikfeuerwehr erstickt werden konnte. Auch dieser Brand löst durch Selbstzündung des Zuckersaubes in der Mühle entstanden sein. Durch den Brand werden einige hundert Arbeiter brotlos.

* Eine folgenschwere Explosion von Aiphaltsteinen

ereignete sich am 8. Oktober in der Dachpappenfabrik Böhmer u. Hoffmann in Wilsheim. Beim Kochen von Aiphalt explodierten infolge einer Selbstzündung der sich entwickelnden Dämpfe zwei mit Fez gefüllte Kessel unter furchtbaren Wirkungen. Eine haushohe Flamme schoß zu dem verhältnismäßig kleinen, kaum sechs Quadratmeter umfassenenden Raume heraus, die Kessel flogen in Stücke, und der sofort in Brand gezatete Aiphalt ergoß sich über die durch die Explosionsgewalt bewußtlos am Boden liegenden Arbeiter. Das Gebäude stand ebenfalls sofort in hellen Flammen.

Zwei Kameraden der Unglücklichen, die in einem Nebenraum arbeiteten, versuchten nun unter höchster Gefahr die Rettung der beiden brennenden Opfer. Es gelang ihnen schließlich auch, die brennenden Körper aus dem Flammenmeer zu ziehen. Aber die Retter selbst trugen bei ihrer tapferen Tat ebenfalls schwere Brandwunden davon. Auf der Straße, dicht neben der Werkstätte der Eisenbahnverwaltung, wälzten sich die unglücklichen Opfer vor Schmerz, wahlständig nach; die Retter fielen wie Hunderte von verbrannten Körpern. Einer der Unglücklichen war besonders schrecklich zugerichtet. Das rohe Fleisch hing von Gesicht und Hüften, der bis aufs Hintergegend durchgebrannt war.

Die vier schwer Verletzten sind sämtlich Familienälteste. Sie wurden ins Straßburger Bürgerhospital gebracht. Der Verletzte Eugen Müller aus Wilsheim, Salzweg wohnhaft, ist bereits seinen schweren Verletzungen erlegen. Die andern drei Verletzten: Lapp, Vieh und Zimmer, sind aus Wangenau. Nur bei Zimmer sind die Verletzungen so, daß Aussicht auf baldige Genesung besteht. Die gerichtliche Untersuchung wird jeffentlich müssen, inwiefern die Firma durch Unterlassung von Schutzmaßnahmen eine Schuld trifft. Bereits vor circa fünf Jahren ereignete sich in dieser Fabrik eine Brandkatastrophe, der damals das Gebäude zum Opfer fiel.

Internationales.

Ein Kampf um das Organisationsrecht in England.

Es kommt in England nur noch sehr selten vor, daß Unternehmer den Arbeitern das Recht, sich zu organisieren, streitig machen. Nur in seltenen Fällen haben die englischen Gewerkschaften Kämpfe um dieses

Grundrecht zu führen. Wo es doch vorkommt, da wird der Kampf allerdings mit äußerster Hartnäckigkeit geführt. Ein solcher Kampf tobt seit einigen Wochen in der irischen Stadt Dublin, (Dublin ist die Hauptstadt der zu England gehörenden Insel Irland.) Der Ausgang bildete ein Streik der Straßenbahner, die ihr Organisationsrecht gegen den Generaldirektor, einen ebenso brutalen wie strupellosen kapitalistischen Gründer namens Murphy verteidigten. Darauf wurden die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes in mehreren anderen Betrieben ausge-sperrt. Die Behörden nahmen natürlich für die Unternehmer Partei. Gleich nach dem Beginn der Aussperrung wurden die Führer der Arbeiter, darunter der rührige Sekretär des Transportarbeiterverbandes, Quinn, unter der Beschuldigung des Hochverrats verhaftet. Sie wurden zwar gegen Stellung einer Kaution freigelassen, aber alsbald wieder verhaftet. Es kam infolgedessen mehrfach zu Tumulten und Zusammenstößen mit der Polizei.

Der Kampf griff auch nach England über. Zwar ist der irische Transportarbeiter-Verband eine selbständige, von dem allgemeinen Verband abgesplitterte Organisation, aber er fand doch Solidarität und Hilfe. In manchen Städten haben sich Eisenbahner, Hafenarbeiter und andre Transportarbeiter mit den Ausgesperrten solidarisch erklärt. Die Gewerkschaftszentrale sorgte für Unterstützung der Streikenden durch Ab-fendung eines Schiffes mit Lebensmitteln. Auch Bargeld wurde nach Dublin geschickt. Schließlich ordnete der Handelsminister eine amtliche Untersuchung des Konflikts an und legte dazu eine Kommission ein. Diese Kommission arbeitete einen Bericht aus, der als Grundlage für Einigungs-verhandlungen dienen sollte. Die Arbeiter erklärten sich zu Verhandlungen auch bereit, die Unternehmer lehnten jedoch jedwede Brüst ab. Allerdings erklärte die Kommission im Bericht zu dem Verlangen der Unter-nehmer, daß die Arbeiter einen Revers unterschreiben sollten, in dem sie sich zum Austritt aus dem irischen Transportarbeiter-Verband verpflichteten:

„Was auch die Absicht der Unternehmer gewesen sein mag, dieses Dokument zwingt seinen Unterzeichnern Bedingungen auf, die der persönlichen Freiheit entgegengesetzt sind und deren Annahme man von keinem Arbeiter und keiner Arbeitergruppe bittigerweise erwarten kann.“

Diese offene Mißbilligung der Forderung — der Scharfmacher hat diese natürlich wütend gemacht. Der Kampf geht weiter und dürfte mit noch größerer Hartnäckigkeit geführt werden als jeher.

Gegnerische Gewerkschaften.

Einen nationalen Arbeiterkongress.

Den dritten seines Bestehens, berufen die christlichen Gewerkschaften zum 30. November nach Berlin ein. Zur Beteiligung an diesem Kongress werden alle christlichen und nationalen Arbeitervereine aufgerufen. Die Tagesordnung ist für eine vierstägige Verhandlung reichlich bemessen. Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner soll behandelt werden, die Bedeutung der Koalitionsfreiheit für Angestellte und Arbeiter, Lebensmittelfürsorge und Lebensmittelpreiskontrolle, die Wohnungsfrage, Arbeitslosen-fürsorge und einiges andre. Und daneben soll noch das hochschätz-jährliche Bündnis zwischen den Mittelständlern, Agrariern und Zentral-verband deutscher Industrieller besprochen werden.

Aus dem schwarzen Sumpf.

Der christliche Textilarbeiterverband gibt sich zweifelte Mühe, den Eindruck, den die Enthaltungen seines ehemaligen Beamten Köhling gemacht haben, abzumildern. Er hat sofort eine Reihe von Generalerläuterungen und Klagenandrohungen in der Zentrums-presse losgelassen; ferner hat er inzwischen eine vom zweiten Vorsitzenden des Verbandes, Fischer, unterzeichnete Gegenbrochure herausgegeben. Damit ist der christliche Verband aber nur noch tiefer in die Lunte gekommen. Denn die Gegenbrochure übergeht die schwerwiegendsten Vorwürfe, die von Köhling erhoben wurden, völlig mit Schweigen. Nur einiges vom dem persönlichen Laßsch und Trassch, mit dem Köhlings Brochure unnötigerweise besetzt war, wird abge-schwächt oder bestritten.

So wird mit keinem Wort die Tatsache bestritten oder auch nur er-wähnt, daß der christliche Textilarbeiterverband bei dem Färbereitrit in Arexels der Streikbruch systematisch organisiert, die Streikbrecher auf Verbandskosten herangeholt hat. Mit keinem Wort wird auch bestritten, daß der christliche Textilarbeiter-verband zum Streik hegte, wo andre Verbände die Kosten zu tragen müssen, daß er ohne jede nähere Kenntnis der Verhältnisse Flugblätter über den „roten Berra“ herausgab, kurz, daß er seine ganze Tatkraft einsetzt auf den Kampf gegen die freiorganisierten Arbeiter und nicht auf den Kampf gegen die Unternehmer. Alle Beschuldigungen Köhlings, die nach dieser Richtung gehen, werden intes-schwiegen und damit als richtig anerkannt. Wir konstatieren das.

Während so die schwerwiegendsten Anschuldigungen ohne Antwort bleiben, wird auf die persönlichen Angriffe, die Köhling gegen Schiffer richtet, sehr breit geantwortet. Womit aber nicht gelagt ist, daß ja, nun auch überzeugend sei und den so sehr angeführten Schiffer in ein blüten-weißes Lämlein verwandelt habe. Im Gegenteil! Die Verteidigung des Herrn Schiffer durch Herrn Fischer ist kaum mehr als ein Wären-dienst. Wenn die angeführte geistliche Klarstellung nicht mehr zur Rechtfertigung des christlichen Vorstehenden beibrächte als diese Brochure, dann stände es recht schlecht um ihn.

Begegnend für die christliche Journalistik ist die Art, wie die christliche Gewerkschaftspresse sich gegen die Anschuldigungen Köhlings wehrt. Sie zählt nämlich eine Reihe von Veruntreuungen, die im Laufe der Jahre bei der sozialdemokratischen Partei oder den freien Gewerkschaften vorge-kommen sind, auf, und läßt daran die alte Weisheit, daß auch vor anbern Türen Dreck liegt. Die „Gewerkschaftsstimme“, das Blatt des Aiphaltfabrikantenarbeiterverbandes, wagt natürlich ihren alten Ruhm, das unantastbarste aller christlichen Gewerkschaftsblätter zu sein. Sie versteht ihren Artikel über Köhlings Enthaltungen mit der Ueberschrift:

„Kiesensandal im sozialdemokratischen Lager.“

Gegen eine solche Art, unangenehme Dinge zu erledigen, polemisiert man natürlich nicht. Die hängt man einfach niedriger. Vielleicht protestieren aber die Leser des Aiphaltfabrikantenblattes gegen eine so be-feldigende Einschätzung ihrer geistigen und moralischen Qualitäten.

Ein Eingeweihter über die christlichen Gewerkschaften.

In der von uns schon besprochenen Rechtfertigungs-, richtiger An-klagechrift des früheren Redakteurs der christlichen Textilarbeiter-Ztg., Köhling, befindet sich u. a. auch eine außerordentlich treffende Charak-terisierung der bekannten christlichen Tatkritik, bei verlorbenen oder nicht ganz gewonnenen Kämpfen als Hyänen des Schlachtfeldes oder in für die Organisation neuerlich offenen Gebieten als Sturmbock wider die rote Gefahr aufzutreten. Köhling schreibt:

„Und wie sieht es mit der Hilfe unserer „Freunde“ aus dem bürgerlichen Lager? Die lassen sich gewöhnlich nicht aus der Kälte bringen, mögen die Verhältnisse der Arbeiter auch noch so schlecht sein. Die Hauptfrage ist, daß die Arbeiter „brav“ bleiben. Aber wenn die „Woten“ da sind und die Arbeiter organisiert haben, dann er-innern sich die Freunde unser, finden sogar den Weg zum Gewerkschaftsbureau. Ist aber die „rote Gefahr“ vorüber, dann ist es in der Regel bei unsern „Freunden“ auch mit der Begeisterung für unsre Bewegung vorbei.“

Hoher soll dem Leiter eines Außenbezirks denn die Begeisterung kommen? Begeisterung ist das Werkzeug des sieggewohnten Kriegers. Der Leiter des Außenbezirks kann aber keine Siege feiern, weil er keine Schlachten zu schlagen vermag. Wie die Hyäne des Schlachtfeldes hat er keine andre Wahl, als hinter des Formationen der freien Gewerkschaften dreinzuschleichen, um wenigstens das zu erbeuten, was von jenen nicht erbeutet werden konnte oder von jenen — nicht gemollt wurde. Begeisterung? Ein marterndes Schamgefühl hat mich be-schlichen, wenn auf solchen „Erbeuterzügen“ die Blide der organi-sierten Arbeiter vormarscholl auf uns gerichtet waren, weil die Arbeiter es wußten oder fühlten, daß man uns „Christliche“ nur gerufen hatte, weil die Arbeiter am Joch des Kapitalismus rüttelten.“

So urteilt ein Führer der christlichen Gewerkschaften über sich und seine Kollegen. Wir haben diesen treffenden Konterfei christlicher Ge-werkschaftstaktik nichts hinzuzufügen.

Chemische Industrie

Amerika und Deutschland.

Im Jahre 1912 tagte in Neuyork der 8. Internationale Kongress für angewandte Chemie, der naturgemäß eine Anzahl deutscher Chemiker auf Veranlassung der amerikanischen Industrie zum Teil mit Frauen und Töchtern auf eigene Kosten über den Ozean führte. Anschließend an die Verhandlungen des Kongresses nahmen eine Anzahl der Kongressteilnehmer eine Informationsreise vor, deren Dauer mehrere Wochen betrug. Größtenteils erstreckte sich die Tour auf die Industriezentren der Vereinigten Staaten Nordamerikas.

In der „Zeitschrift für angewandte Chemie“ schildert Dr. F. Friedmann die Eindrücke seiner technischen Studienreise, die ihn durch 15 Bundesstaaten und nach Kanada führte. In den Städten: Philadelphia, Pittsburg, Chicago, Milwaukee, Detroit, Buffalo, Niagara Falls, Schenectady, Boston und Manchester bot sich ihm Gelegenheit, Betriebe verschiedener Art kennen zu lernen. Die Charaktereigenschaften der amerikanischen Industrie findet Dr. Friedmann einmal in der Größe ihrer Anlagen, dann in der Größe der Kapitalien und in dem Bestreben, an der Verwendung menschlicher Arbeitskräfte möglichst zu sparen. Um mit einigen Beispielen die Größe der Anlagen anzuführen, sei erwähnt, daß Dr. Friedmann in Philadelphia eine Lokomotivfabrik sah, die täglich 10 Lokomotiven fertigt und eine Pulfabrik, die täglich 11 000 Stille herausbringt. Die Pittsburger Steel Co. verarbeitet täglich 350 Tausend Eisenbarren, in den Schlachthäusern Chicagos lassen täglich 80 000 Kühe ihr Leben, in Boston verfertigte eine Schuhfabrik stündlich 1800 Paar Schuhe und in Manchester eine Textilwarenfabrik stündlich 50 Meilen Stoff.

Die verhältnismäßig viel schnellere Entwicklung der amerikanischen Maschinenindustrie führt Dr. Friedmann darauf zurück, daß der amerikanischen Industrie bei ihrem Beginn ein großer Absatzmarkt gegenüberstand, dessen Versorgung ihr zufiel. Das Vorhandensein billig zu gewinnender Rohprodukte kam der aufsteigenden Industrie zustatten und außerdem fand sie in Europa mäßig ausgebauten Fabrikationsverfahren vor, die ein mühsames Experimentieren erübrigten, und direkt ins Maschinenhafte übertragen werden konnten.

Die amerikanische Industrie, so führt Dr. Friedmann weiter aus, „zeichnet sich, abgesehen von wenigen Ausnahmen, weniger durch geniale Verfahren, als durch die Größe der Anlagen; weniger durch die große Rentabilität, als durch die Größe der investierten Kapitalien; weniger durch die Güte der Fabrikate, als durch die Intensität der Merkmale; weniger durch gewissenhafte Arbeiter, als genaue Maschinen“. Nur in der Organisation der Arbeit seien die Amerikaner uns über. In kürzerer Zeit leistet dort der Arbeiter mehr und trotz der hohen Arbeitslöhne, welche z. B. im Pittsburger Revier 2400 Mark im jährlichen Durchschnitt betragen, sind die Herstellungspreise der Rohmaterialien bedeutend niedriger. So kostet eine Tonne in Gary gewonnenes Eisen 34 Mark. In Deutschland hergestellt würde das gleiche Quantum 40—45 Mark kosten. Die Tonne Kohlen kostet an der See 4,15 Mark, trotzdem die Löhne der Bergarbeiter 12 bis 15 Mark täglich betragen.

Unstreitig liegen nach unserer Auffassung die Produktionsverhältnisse in den amerikanischen Maschinenbetrieben infolge der ungeheuren Massen, die soweit nur irgend zugänglich, mit Maschinen bearbeitet werden, günstiger; soweit die Gewinnung von Rohstoffen aus der Erde in Betracht kommt, mögen auch günstigere Lagerungsverhältnisse eine größere Förderung ermöglichen. Dr. Friedmann glaubt nun den angeblich kostspieligen Schutvorrichtungen in Bergwerken einen Teil der höheren Produktionskosten Deutschlands in die Schuhe schieben zu müssen, in Amerika habe man, so schreibt er, solche Aufwendungen nicht zu machen. Die billige Produktion läge hauptsächlich in dem System der Arbeit. Ein amerikanischer Kohlenarbeiter fördere dreimal so viel wie ein deutscher Kohlenarbeiter. Diese Behauptungen sind unserer Auffassung nach doch etwas vorsichtig zu bewerten. Auch in Deutschland herrscht Akkordarbeit im Bergbau und daß merkwürdigerweise die amerikanischen Bergleute dreimal so viel leisten können, liegt nicht in dem persönlichen Können und Wollen der Arbeiter, sondern an anderen Ursachen. Allgemein ist der aus Deutschland kommende Arbeiter ein gesuchtes Arbeitsobjekt der amerikanischen Industrien;

er wäre es nicht, wenn er schlechtere Eigenschaften als der amerikanische Arbeiter aufwies.

In neuerer Zeit findet, so berichtet Dr. Friedmann, das Taylor-System in vielen großen Fabriken Eingang. Jeder Arbeiter arbeitet im Akkord und ist nicht an eine bestimmte Arbeitszeit gebunden; er kann kommen und gehen, wann er will. Aufgefallen ist ihm die Verwahrlosung sogar der eingerichteten Fabriksbetriebe, die er auf die hohen Arbeitslöhne zurückführt. An Reinigungsarbeiten und Aufsichtspersonal wird gespart. Für den amerikanischen Unternehmer stellt sich die Beschaffung neuer Maschinen billiger als die Vornahme von Reparaturen an alten.

Der geistliche Arbeiterstand ist in den meisten Staaten Amerikas noch wenig entwickelt. Für die Verhütung von Unfällen sind wenig Vorkehrungen getroffen. So lagen die Transmissionsriemen in der großen Lokomotivfabrik offen, und in einer großen Hutfabrik, deren Arbeiter mit salpetersaurem Quecksilber arbeiteten, war zwar nicht für Wäber und bergleichen gesorgt, wohl aber hat die Betriebsleitung zwei große Becken für die Arbeiter, in denen der größte Teil des Quecksilbers abgelaufen wird. Dort wird wöchentlich zur Danksagung ein Gottesdienst abgehalten und die Arbeiter dürfen für ihre Gesundheit beten. Diese Art, die Arbeiter vor Krankheiten zu schützen, ist allerdings sehr rückständig, aber keineswegs typisch für Amerika. Auch in Deutschland haben wir Betriebe, die für ihre Arbeiter das Beste vor und nach der Arbeit eingeführt haben und dem Arbeiterschutz wenig Interesse zuwenden. — In einigen Staaten Nordamerikas existieren Haftpflichtgesetze; dort waren Schutzvorrichtungen und Einrichtungen zur ärztlichen Hilfe anzutreffen.

Die Wohlfahrts-Einrichtungen sind beim amerikanischen Arbeiter nicht beliebt, daher nur ausnahmsweise anzutreffen und dem Charakter der Arbeiter angepaßt. Dr. Friedmann schreibt: „Der intelligente amerikanische oder deutsch-amerikanische Arbeiter hat das Bestreben, sich möglichst zu einer wirtschaftlich höherstehenden Stufe aufzuschwingen. Dies ist ihm leichter als in Europa, weil er meist in Bezug auf Bildung auf gleicher Stufe steht wie der Durchschnittsamerikaner anderer Gesellschaftsklassen. Er ist deshalb kein Freund von Einrichtungen, die ihn binden. Kassen sind, soweit sie in den Fabriken existieren, stets freiwillig.“ Meist erstreckt sich in Amerika die Wohlfahrt auf Errichtung von Speisearäumen, in denen billige Speisen zu haben sind.

Nach Dr. Friedmann ist der größte Teil amerikanischer Arbeiter zufrieden, wenn er sein Heim hat. Er strebt nicht nach geistigen Genüssen und kommt meist zu einem gewissen Wohlstand infolge seiner sparsamen Lebenshaltung. Das ist ja alles ganz schön gesagt, aber das Wortchen „meist“ deutet an, daß nicht alles Gold ist, was glänzt, und wenn man so in fortwährender Eisenbahnfahrt ein Land durchrast, dann werden die Unternehmer, die doch die Informanten sind, den fremden Ausländern vielfach zu günstig gefärbte Auskünfte geben. Wir kennen das zur Genüge von deutschen Unternehmern. Daß wir nicht ganz unrecht haben, die Lage der Arbeiter Amerikas etwas pessimistischer zu betrachten, bestätigt Dr. Friedmann selbst dadurch, daß er von der materiellen Not und den finanziellen Schwierigkeiten berichtet, denen die süd- und osteuropäischen Einwanderer ausgegesetzt sind.

Die Löhne, die nach Dr. Friedmann oft die Höhe von 10 bis 16 Mark täglich erreichen, übersteigen ganz erheblich die in Deutschland gezahlten, und wenn er oben drein konstatiert, daß der amerikanische Arbeiter billiger (und wahrscheinlich auch besser, D. W.) lebt und wohnt (ein Haus mit vier Zimmern soll monatlich 25 Mark kosten), dann wird es dem Arbeiter leichter als in Deutschland, für später etwas zurückzulegen.

Eine Frage hat Dr. Friedmann in seinem Bericht allerdings nicht berührt. Nämlich die, wie es eigentlich den amerikanischen Unternehmern gelingt, trotz ihrer wesentlich höheren Löhne mit den deutschen Konkurrenzfähig zu bleiben. Unsere Unternehmer wollen uns ja immer einreden, sie wären Amerika gegenüber im Nachteil, weil dort die Belastung der Industrie durch die soziale Gesetzgebung fehle. Wir haben demgegenüber schon immer darauf hingewiesen, daß die amerikanischen Unternehmer dafür aber Löhne zahlen, die bei uns üblichen weit übersteigen. Das haben die Unternehmer oft bestritten. Es freut uns deshalb, daß Dr. Friedmann unsere Behauptungen bestätigen muß. Noch mehr hätte es uns allerdings gefreut, wenn er aus seinen Erfahrungen und Darstellungen die Konsequenz gezogen und für eine bessere Bezahlung auch der deutschen Arbeiter der chemischen Industrie eingetreten wäre.

Unfall-Note.

Am 4. Oktober verunglückte der im Chromatbetrieb der B. N. S. F. beschäftigte Arbeiter Lorenz Welfenmeyer; ihm wurde eine Hand geschnitten. — Am 8. Oktober geriet der im gleichen Betriebe beschäftigte Arbeiter Weisbrodt beim Rangieren zwischen einen Wagen, der sich auf der Drehscheibe befand, und die Räder eines anderen Wagens, der von der Seite herkam. Weisbrodt wurde schwer verletzt. — Am 7. Oktober nahm der in der Elektrizitätsanlage der Eisenfelder Farbwerke in Beverlunten beschäftigte Motorenwärter Schmalz Reinigungsarbeiten vor. Dabei kam er mit der einen Hand in die Leitung und wurde durch den starken Strom sofort gelähmt.

In der chemischen Fabrik „Elektron“ in Griesheim erfolgte am 7. Oktober eine Karbidexplosion, bei der drei Arbeiter schwere Verletzungen an den Augen erlitten. Die Verunglückten, der 19 Jahre alte Arbeiter Bäuerlein und der 40 Jahre alte Johannes Matuschel, beide von Schwandeln, sowie der 28 Jahre alte Konrad Krieg von Griesheim, mußten dem städtischen Krankenhaus zugeführt werden.

In der Dachpappenfabrik von Böhmer u. Hoffmann in Wischheim bei Strahburg kam am 8. Oktober gegen 1/11 Uhr zu einer Teerkegel-Explosion, wobei drei Leute schwer verletzt und einer leicht verwundet wurde.

Keramische Industrie

Zementkrieg?

Das Rheinisch-Westfälische Zement Syndikat, das seither auf dem Zementmarkt tonangebend war, hat sich mit dem 30. September aufgelöst. Alle Verbindungen, es nochmals zusammenzurufen, scheiterten an den verschiedenen widerstrebenden Interessen der einzelnen Betriebe. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt dazu: „Um das Sein oder Nichtsein dieses Syndikats haben sich seit geraumer Zeit heftigste Kämpfe abgepielt, die, wegen der Möglichkeit ihrer Rückwirkung, auf andre Zementvereinigungen geeignet waren, weitestgehendes Interesse zu beanspruchen. Als im vorigen Jahre infolge der Entscheidung des Reichsgerichts die Auflösung des Rheinisch-Westfälischen Zement Syndikats für Ende 1912 bevorstand, war es in letzter Stunde noch gelungen, das Auseinanderfallen zu vermeiden und eine Verlängerung bis zum 31. Dezember 1913 herbeizuführen. Anfangs hatte man vereinbart, daß mit Wirkung vom 16. Mai an freihändig verkauft werden dürfe, wenn bis dahin nicht ein neuer Syndikatsvertrag zustande gekommen sei; später wurde der Termin auf den 30. Juni verlegt und schließlich bis zum 30. September, ohne daß man zu einem greifbaren Resultat gelangt war. Auf den 30. September war nun eine Sitzung der Mitglieder anberaumt, in welcher der Voranschlag vorlag, die Frist, bis zu der Verträge für das Jahr 1914 gespart sein sollten, nochmals bis zum 1. November zu verlängern. Sechs Werke, die in dieser Sitzung nicht vertreten waren, sollten dazu bis zum nächsten Tage nachträglich ihre Zustimmung geben. Das ist von zwei Werken nicht geschehen, und eine Gesellschaft hatte an ihr Einverständnis besondere Bedingungen geknüpft, so daß der Beschluß der vorausgegangenen Versammlung hinfällig wurde.“

Dadurch ist der freihändige Verkauf freigegeben und das Syndikat gesprengt. Dieser Beschluß kann unter Umständen weitgehende Konsequenzen nach sich ziehen, denn es wird nicht ausbleiben, daß namentlich innerhalb der Rheinisch-Westfälischen Zementindustrie ein außerordentlich scharfer Wettkampf einsetzt, dessen Einwirkungen aller Wahrscheinlichkeit nach weit über die engeren Grenzen von Rheinisch-Westfälens hinaus sichtbar werden dürften. Die Verhältnisse im Rheinisch-Westfälischen Syndikat, das mit mehreren seiner Mitglieder komplizierte Prozesse zu führen hatte, waren in den letzten Jahren so unerfreulich geworden, daß ältere an sich syndikatsfeindliche Werke dem Gedanken eines syndikatsfreien Wettbewerbs freundlicher gegenüberstanden als früher. Die Zahl der Zementfabriken im Bezirk des Syndikats hatte sich stark vermehrt, innerhalb acht Jahren waren nicht weniger als etwa 20 neue Zementfabriken mit einer Leistungsfähigkeit von rund 4 Millionen Faß jährlich entstanden, was, wenn man berücksichtigt, daß im jetzigen Syndikat lediglich etwa 9 Millionen Faß kontingiert waren und davon nur etwa 50 und bei günstiger Marktlage bis 60 Prozent abgesetzt werden konnten, als ein außerordentlich großer; die alten Werke fast beengender Zuwachs angeben werden mußte. Dazu kam die Einführung des sogenannten belgischen Naturzements, der zollfrei aus Belgien über die Grenze gebracht werden darf. Kein Wunder, wenn sich bei einzelnen Werken die Feiern des Syndikats als recht drückend erwiesen und sich der Wunsch nach Befreiung bzw. nach einer größeren Quote geltend machte. Ein Teil der Werke sah nach und nach in früheren gute Rentabilität stark zurückgehen, und wenn dafür auch teilweise die allgemeinen ungünstigen Verhältnisse wesentlich mit die Schuld trugen, so mögen doch bei manchen Werken auch die Beengungen durch das Syndikat dabei mitverantwortlich gewesen sein. Daraus erklären sich die großen Schwierigkeiten, die sich der Erneuerung entgegenstellten und jetzt zur Auflösung des Syndikats geführt haben.

Ob nunmehr durch den freien Wettbewerb die Verhältnisse eine Besserung erfahren werden, ist eine schwer zu beantwortende Frage. Im Juni d. J. hatte das Syndikat in einem Rundschreiben an seine Mitglieder auf die überaus nachteiligen Wirkungen hingewiesen, die ein Auseinandergehen für die deutsche Zementindustrie zur Folge haben müßte. Der Abgang der jetzigen Syndikatswerke und der für das Rheinisch-Westfälische Gebiet kartellierten Verbände und Werke sowie der außenstehenden Werke für das Jahr 1914 war von der Syndikatsleitung auf etwa 84 Millionen Faß gleich 144 500 Doppelwaggons a 10 000 Kilogramm in Aussicht genommen und dabei der Gesamtumsatz bei einer Auflösung des Syndikats auf 7 Millionen Mark pro Jahr berechnet worden! Das ist eine gewaltige Zahl, die erkennen läßt, welche ausgedehnte Interessen mit der Auflösung auf dem Spiel stehen.

Wie wird Benzol hergestellt?

(Nachdruck verboten.)

Das Benzol ist eine Kohlenwasserstoffverbindung, aus 6 Atomen Kohlenstoff und 6 Atomen Wasserstoff (C₆H₆) bestehend, die sich bei der trockenen Destillation kohlenstoffreicher organischer Substanzen bildet und teils in dem gleichzeitig mit ihm entstehenden Teer, teils in den Gasen enthalten ist, aus welchen es durch verschiedenartige Destillations- und Waschprozesse abgetrennt wird und zuletzt als 90prozentiges, fetter als 30 oder 50prozentiges, Benzol in den Handel kommt. Sein spezifisches Gewicht beträgt 0,88, ist also geringer als das des Wassers. Der Siedepunkt liegt bei 0 Grad, der Schmelzpunkt bei Plus 5 Grad und der Verdampfungspunkt bei 80 Grad. Obwohl das Benzol bereits im Jahre 1825 von dem Physiker Faraday in den Teerprodukten entdeckt und nachgewiesen wurde, ist die jahrlängliche Herstellung desselben aus Steinöle noch verhältnismäßig jüngerer Datums. Sie ist eine rein deutsche Erfindung und wurde zuerst im Ruhrkohlenbezirk ausgeführt, weshalb die erste Benzolgewinnungsanlage auf der Kokerei der Zeche „Kaiserstuhl“ bei Dortmund im Jahre 1887 fertiggestellt und in Betrieb genommen wurde. Andere Anlagen folgten dann 1889 auf der Kohlendestillation in Gelsenkirchen sowie auf den Zechen „Amalie“, „Germania“ und „Friedrich der Große“.

Das Benzol entsteht unter Einwirkung starker Hitze sowohl durch Kondensation aus Äthylen und andern fetten Körpern von einfacher Molekularzusammensetzung als auch durch Zerfallen komplizierter zusammengesetzter Kohlenwasserstoffverbindungen. Diese der Benzolbildung günstigen Bedingungen sind bei der Zerlegung der Steinöle in Destillationsstufen in vollkommener Weise gegeben. Bei der Abführung der Gase aus diesen Destillaten verbindet sich ein Teil des Benzols mit dem Teer und wird mit diesem niederschlagen, während ein anderer Teil in den Gasen bleibt, aus denen er durch Waschen mit Ätzalkali gewonnen werden kann. Dabei hat die praktische Erfahrung ergeben, daß bei großer Hitze der Teer mehr Benzol abgibt als bei niedriger Temperatur. Behufs Vermeidung der Benzolverluste ist deshalb eine lang-

samere Destillation und somit eine verlängerte Gärungszeit der Destillate vorteilhaft. Neben der Temperatur ist die Benzolbildung und somit deren Ausbeute auch von der Art und Zusammenlegung der Kohle sowie von der Einrichtung und dem guten Zustand der Destillationsapparate abhängig. Man rechnet auf ein Ausbringen von durchschnittlich etwa vier Kilogramm Benzol auf jede Tonne der in die Retorten gebrachten Kohle.

Die Gewinnung des Benzols erfolgt nach verschiedenen Verfahren. Sie beruht im allgemeinen darauf, daß die Kohlenfäule nach erfolgter Abführung von Teer und Änzalkali mit schweren Steinöledestillaten, sogenannten Waschölen, deren Siedepunkt zwischen 250 bis 350 Grad liegt, in inniger Verbindung gebracht werden. Dieses erfolgt in besonderen Herden- oder Drahtsiebwaschern. Diese Apparate bestehen aus 2 bis 3 Meter weiten und 15 bis 20 Meter hohen eisernen Zylindern, in deren Innern kreuzweise übereinander gelagerte Holzherden oder Drahtsiebe angeordnet sind. Die auf 15 bis 18 Grad abgekühlten Gase werden von unten nach oben zickzackförmig durch die Herden oder Siebe geführt, während das Öl in möglichst feiner Verteilung umgelenkt von oben nach unten geht. Dabei kommen beide in möglichst lange dauernde innige Berührung miteinander, wobei alles Benzol und die diesen verwandten leichten Kohlenstoffverbindungen von dem Waschlöl aufgefangen werden. Die von den Waschern ablaufenden, mit Benzol gesättigten Öle gelangen durch eine Rohrleitung in eine Destillationsblase. In dieser wird das Benzol entweder mittels direkt eingeführten Dampfes oder durch indirekte Dampf- oder Herdheizung abgetrieben, worauf dann das Öl wieder zu den Waschern zurückkehrt, um so im beständigen Kreislauf stets fortzuarbeiten. Auf dem Wege von dem Destillationsapparat zu den Waschern werden die heißen Öle an den von diesen zurückkommenden, mit Benzol gesättigten Ölen vorbeigeführt und geben hierbei ihre Hitze an diese ab, so daß dieselbe nutzbringend verwertet wird.

Das aus der Destillationsblase gewonnene Kondensat ist ein Rohbenzol, welches alle bis zu etwa 200 Grad sich verflüchtenden Kohlenwasserstoffe enthält, die von dem Waschlöl den Gasen entzogen wurden. Zur Gewinnung einer für den Konsum passenden Handelsware muß eine weitere Zerlegung nach den verschiedenen Flüchtigkeitstufen erfolgen. Dieses geschieht in einer sogenannten Rektifikationsanlage, deren Hauptteil gleich-

falls in einer Destillierblase besteht. Hier wird das Rohprodukt verdampft und durch Kolonnenflüßler geführt, in deren verschiedenen Abteilungen die einzelnen Bestandteile je nach ihrer Flüchtigkeit niederschlagen und für sich gewonnen werden. Das so erhaltene Benzoldestillat ist, wenn auch schon ziemlich klar, doch noch nicht vollkommen rein, da es verschiedene Schwefelverbindungen und sonstige Beimengungen enthält, die seiner Verwendung für viele Zwecke hindernd entgegenstehen. Diese Unreinlichkeiten werden durch Behandlung mit Schwefelsäure und nachfolgendes Waschen mit Wasser und verbünnter Natronlauge entfernt, worauf dann eine nochmalige Destillation fertiges Reibenzol liefert.

Auch das bei seiner Bildung an den Teer gebundene Benzol wird hierin in der Regel wieder entzogen. Zu diesem Zwecke wird derselbe destilliert, wobei zuerst die leichtflüchtigen Bestandteile, zu denen auch das Benzol gehört, da es schon bei 80 Grad verdampft, mit dem sogenannten Vorlauf übergehen. Das gleichfalls mit den ersten Destillationsprodukten abgetriebene Wasser scheidet sich bei längerem ruhigem Stehen ab, wobei es unter sinkt, so daß das oben schwimmende Öl dann abgezogen werden kann. Die weitere Behandlung und Abführung des Benzols von den übrigen Verbindungen sowie die Reinigung desselben erfolgt in derselben Weise, wie bei den direkt aus den Kohlenfäulen gewonnenen Produkten, durch wiederholtes Destillieren und Waschen.

Die Benzolproduktion ist entsprechend der vermehrten Nachfrage in dem letzten Jahrzehnt von 2,8 auf 10 Millionen Kilogramm, also auf das Dreieinhalbfache gestiegen. Zu den früheren Verbrauchszwecken, als Lösungsmittel, zum Karbrieren des Leuchtgases sowie in der Farbwaren- und Sprengstoffindustrie ist nunmehr als Hauptverwendungszweck der Erzeugung des meist ausländischen Benzins zum Automobiltrieb gekommen. Das hierzu verwendete 90prozentige Benzol muß allerdings gut gereinigt werden, damit keine Rückstände in den Zylindern entstehen. Um das frühe Gezielen des Benzols, das namentlich im Winter leicht Schwereigkeiten verursacht, zu verhindern, wird das Automobilbenzol zum Teil mit Kolnol, Benzol oder Spiritus gemischt, wodurch sein Gefrierpunkt, je nach dem Mischungsverhältnis, bis weit unter 0 Grad herabgedrückt werden kann.

